



#TeamBayern

Wahlprogramm

Bezirkswahl 2023

Grüne Oberfranken

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberfranken
Bezirksgeschäftsführerin Esther Frey (V. i. S. d. P.)
E-Mail: buero@gruene-oberfranken.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Susanne Bauer (Sprecherin), Tim-Luca Rosenheimer (Sprecher)

Inhalt

Wenig bekannt, aber sehr wichtig - Die Bayerischen Bezirke	5
Potentiale sehen - Inklusion und Teilhabe	5
Bürokratieabbau – Antragsverfahren, Bedarf und Leistungsanspruch	6
Wohnen – wie und wo es Euch gefällt	7
Potentiale erkennen, Chancen nutzen – Arbeitsleben neu betrachtet.....	7
Freizeit, Sport, politische Teilhabe – Barrieren: NEIN DANKE!	8
Dabei sein ist alles	8
Fit für die Zukunft – Lebenslanges Lernen und Jugendhilfe	10
Krisen gehören zum Leben - Seelische Gesundheit stärken	11
Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen.....	11
Geld richtig steuern – Sicherheit für unser Gesundheitssystem	13
Gute Pflege in den Bezirken	13
Denkmalpflege	16
Erinnerungskultur.....	17
Kulturelle Bildung.....	17
Jugendarbeit und Jugendpolitik	17
Ökologie und Nachhaltigkeit	18
Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement	18
Kliniken.....	19
Liegenschaften und Gebäude	20
Erneuerbare Energien.....	20
Stromerzeugung	20

Förderung von Einrichtungen	20
Mobilität	21
Ökologische Landbewirtschaftung und landwirtschaftliche Bildung	21
Fischerei und Fischwirtschaft	22
Europa und Internationales	22
Partnerschaften – das Salz in der Suppe.....	22
Finanzen und Strukturen	23
Ohne Moos nix los - 10 Prozent der FAG-Mittel (Finanzausgleich) für die Bezirke.....	23
Strukturreform	24
Digitalisierung	24
Transparenz	25
Unsere Kandidierenden	26

Wenig bekannt, aber sehr wichtig - Die Bayerischen Bezirke

Am 8. Oktober 2023 haben Sie die Wahl. Neben den Landtagswahlen stehen auch die Wahlen für „Ihr Sozialparlament“, den Bezirkstag von Oberfranken an.

Bayern ist ein Land mit hoher Lebensqualität.

Wir schaffen Strukturen, die allen Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft und der hohen Lebensqualität in Bayern ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine inklusive Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die Barrieren überwindet und die Teilhabe **aller** garantiert.

- Wir stehen für die konsequente Umsetzung der in der **UN-Behindertenrechtskonvention** garantierten Rechte für Menschen mit Behinderung.
- Wir setzen uns ein für **eine menschenwürdige Pflege und eine angemessene Grundsicherung** im Alter.
- Wir setzen uns ein für eine **bessere psychiatrische und neurologische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen**.
- Wir setzen uns ein für eine bessere psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und entlasten ehrenamtliche Strukturen.
- Wir stehen für die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum **Klimaschutz und -anpassung in allen Einrichtungen und bei allen Aktivitäten des Bezirks**. Damit erreichen wir das **Ziel Klimaneutralität bis 2030**.

Potentiale sehen - Inklusion und Teilhabe

Wir Grüne sehen Vielfalt als Reichtum. **Inklusion ist ein Gewinn für alle**. Wir gestalten unseren Alltag hin zu einer vielfältigen Gesellschaft, die Arbeit, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Freizeit inklusiv gestaltet. Dabei haben Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit des einzelnen Menschen oberste Priorität. Innovative Konzepte in Oberfranken werden gestärkt. Hierzu wird die Netzwerkarbeit ausgebaut und eine jährliche **„Sozial- und Jobmesse“** etabliert: gemeinsam mit sozialen Bildungseinrichtungen (Berufsfachschulen, Fachakademien, Hochschulen) und Akteur:innen der sozialen Versorgungslandschaft inklusive Selbsthilfe.

Zu einer vielfältigen Gesellschaft gehören Anerkennung und Respekt im Umgang mit Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe und ebenso egal ob queer, LGBTIQ* oder transgener. Wir setzen auf ein wohlwollendes Miteinander.

Info: Unter dem Begriff „**queer**“ werden alle Formen sexueller Orientierung zusammengefasst, die nicht heterosexuell sind sowie Geschlechtsidentitäten, bei denen Menschen sich nicht mit ihrem Geburtsgeschlecht identifizieren (z. B. transgender Personen). **LGBTIQ*** ist die aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intergeschlechtlich und queer. Das Gender-Sternchen* steht als Platzhalter für weitere Geschlechtsidentitäten.

Bürokratieabbau – Antragsverfahren, Bedarf und Leistungsanspruch

Wir vereinfachen die Begutachtung des Unterstützungsbedarfs, stärken **Partizipation der Betroffenen als Expert:innen in eigener Sache auch als Mitarbeitende** und machen das Antragsverfahren für alle Beteiligten verständlich und transparent. Informationen und Formulare sind **in leichter Sprache** und barrierefrei zur Verfügung zu stellen. Wir gewährleisten kurze Bearbeitungszeiten, so dass Leistungsberechtigte die benötigte Hilfe rechtzeitig erhalten. Dafür wird ausreichend speziell geschultes Personal eingesetzt. Hierbei setzen wir auf **Weitsicht in der Personalentwicklung** und Personalplanung durch gezielte Maßnahmen zur Bindung von Mitarbeiter:innen.

Die Hilfebedarfe werden mit den Anspruchsberechtigten und gegebenenfalls mit Unterstützung durch Kommunikationshilfen wie der Teilhabekiste erfasst und die Umsetzung in **Hilfeplankonferenzen** geplant. Auf Antrag sind gemäß Bundesteilhabegesetz (BTHG) **Teilhabekonferenzen** durchzuführen, Information und Organisation sind bereitzustellen.

Wir richten für die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) und die freien Träger die nach EU-Recht geforderten flächendeckenden neutralen Vorschlags- und Beschwerdestellen ein – auch für Mitarbeitende.

Um möglichst vielen Menschen die Nutzung eines „**Persönlichen Budgets**“ wie in allen anderen Bezirken Bayerns **auch in Oberfranken** zu ermöglichen, wird auch der Bedarf an persönlicher Assistenz und Beratung beim Verwalten und Organisieren dieses eigenen Budgets berücksichtigt. Die Finanzierung einer Budgetassistenz erweitert den Kreis der Menschen, die diese Form der Unterstützung zur Verwirklichung ihrer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nutzen können.

Info: Das Persönliche Budget, §29 SGB IX, kann für ein weites Leistungsspektrum beantragt werden – von Rehabilitations- über Sozialisierungsmaßnahmen bis zu Leistungen der Pflegeversicherung. Jeder Mensch mit Behinderung hat einen Anspruch auf diese Leistungen, unabhängig vom Alter: Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am sozialen Leben und auf Selbstbestimmung. Das Persönliche Budget ermöglicht eine individuelle Gestaltung der Hilfen und ist ein wichtiges Instrument in der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Wohnen – wie und wo es Euch gefällt

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu wohnen. Um allen passende Wohnangebote machen zu können, brauchen wir mehr barrierefreie Wohnungen in der Mitte der Gesellschaft und eine **große Bandbreite an inklusiven Wohnprojekten**, in denen Menschen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen und Bedürfnissen zusammen leben können. Der Grundsatz „**ambulant vor stationär**“ ist für uns selbstverständlich.

Umfangreiche ambulante Unterstützungsangebote bis hin zu „**rund um die Uhr-Angebote**“ werden in Oberfranken ausgebaut, in ländlichen Regionen ebenso wie in den Städten.

Inklusive gemeinschaftliche Wohnprojekte aller Art werden umfangreich und flexibel gefördert und die benötigte individuelle Unterstützung auch hier zur Verfügung gestellt. **Inklusives Wohnen hat grundsätzlich Priorität gegenüber stationären Wohnformen.**

Auch in besonderen Wohnformen in größeren Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen in Oberfranken wird die Individualisierung vorangetrieben. Ziel sind kleinere, gut in die Nachbarschaft integrierte Wohneinheiten, auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. **Kleine Betreuungs- und Wohneinheiten werden bevorzugt genehmigt.** Es werden die notwendigen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um den Menschen eine möglichst individuelle Lebensführung zu ermöglichen. Wir setzen uns für die Errichtung von Weglaufhäusern ein.

Info: Weglaufhäuser bieten im Rahmen des Selbsthilfegedankens alternative Methoden im Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen an, in denen die Ideen einer nutzergetragenen Antipsychiatrie umgesetzt werden. Dieses Angebot entlastet Menschen in verzweiferten Situationen sehr. Es richtet sich speziell an Psychiatrie-Betroffene und von Psychiatrie-Einweisung bedrohte Erwachsene. Durch Einzelfallhilfe zu Hause wird ein unterstützender Rahmen geboten, durch den eine ungewollte Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung oder in ein Pflegeheim nicht notwendig wird.

Potentiale erkennen, Chancen nutzen – Arbeitsleben neu betrachtet

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. Deutschland steht seit Jahren in der Kritik für sein aussonderndes Bildungs- und Arbeitsmarktsystem und die geringe Anzahl an inklusiven Arbeitsplätzen. Eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben für alle Menschen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine vielfältige, inklusive Gesellschaft.

Wir Grüne schaffen einen inklusiven Arbeitsmarkt. Dafür fördern wir auf Inklusion ausgerichtete Arbeitgeber:innen-Bündnisse in Oberfranken. Innovative Konzepte in Oberfranken werden gestärkt. Wir bauen die Netzwerkarbeit aus und etablieren eine jährliche „**Sozial- und Jobmesse**“, die wir gemeinsam mit sozialen Bildungseinrichtungen

(Berufsfachschulen, Fachakademien, Hochschulen) und Akteur:innen der sozialen Versorgungslandschaft inklusive Selbsthilfe durchführen. Auf der Messe wird ein Bereich für Inklusions-Jobs eingerichtet. Wir stärken das **Budget für Arbeit** und **unterstützte Beschäftigung**. Wir führen eine dauerhafte engmaschige Begleitung durch „**Jobcoaches**“ ein, um nachhaltigen Erfolg und eine gute Arbeitsintegration zu gewährleisten.

Alle müssen Wahlmöglichkeiten haben, ob sie unterstützt und begleitet auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt arbeiten oder in einem Beschäftigungsumfeld ohne Leistungsdruck ihre Talente weiterentwickeln möchten. Auch Menschen mit umfangreichem Unterstützungsbedarf tragen einen wichtigen Teil der Aufgaben dieses Landes. Häufig sind sie jedoch auf Arbeitsplätze angewiesen, die sich nicht am Leistungsprinzip orientieren, wie sie zum Beispiel in Werkstätten für Menschen mit Behinderung angeboten werden. Wir möchten diese **Möglichkeiten weiterentwickeln, sie öffnen und inklusiver gestalten**. Wir fordern mehr differenzierte und vielfältigere Berufs- und Betätigungsfelder, um Über- oder Unterforderung zu vermeiden, die Zufriedenheit zu steigern und so die Resilienz der Menschen zu erhöhen. Das Ziel, die Durchlässigkeit zwischen „erstem“ Arbeitsmarkt und Werkstätte setzen wir in Oberfranken. Insbesondere setzen wir den sogenannten BÜWA um, den Begleiteten Übergang von der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Info: BÜWA am Beispiel des Modellprojekts der Boxdorfer Werkstatt: Der Begleitete Übergang gliedert sich in drei Phasen: 1. Vermittlungsqualifizierung, 2. Vertiefte Vermittlung (mit Option auf Verlängerung und zusätzlicher Leistung) und 3. Sicherung des sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses – ebenfalls mit Option auf Verlängerung. Hinzu kommt die Förderung des Arbeitgebers mit bis zu 5 Jahren Zuschuss zum Arbeitsentgelt und zugleich ein 5 Jahre garantiertes Rückkehrrecht in die WfbM für die Teilnehmenden.

Darüber hinaus bauen wir die **Förderung von Inklusionsbetrieben großflächig** aus.

Freizeit, Sport, politische Teilhabe – Barrieren: NEIN DANKE!

Nicht nur von Brot allein kann der Mensch glücklich sein. Dazu bedarf es weitaus mehr, über soziale Kontakte, Kultur und Sport bis hin zur Teilhabe an politischen Angeboten und Entscheidungsprozessen.

Dabei sein ist alles

Mobilität spielt für die volle wirksame Teilhabe eine genauso große Rolle wie die erforderliche Assistenz und geeignete Hilfsmittel. Daher werden **Mobilitätshilfen** (also Geld für den Fahrdienst) pauschal, bei erhöhtem Bedarf aber individuell und bedarfsgerecht finanziert.

Mit einem Pool an Gebärdendolmetscher:innen wird es erleichtert, diese für Veranstaltungen zu buchen und damit Hürden abzubauen. Für öffentliche Veranstaltungen werden Gebärdendolmetscher:innen finanziell gefördert.

Um allen Menschen eine **gleichberechtigte soziale Teilhabe** zu ermöglichen, sorgen wir für ein ausreichendes Budget zur Finanzierung von individuellem Unterstützungsbedarf bei Freizeitaktivitäten, sozialem oder kulturellem Engagement und sozialen Kontakten. **Sport-, Freizeit- und Kulturvereine** werden für ihre inklusive Arbeit aktiv geschult, gefördert und ausgezeichnet. Dafür beziehen wir auch **Menschen mit Behinderung als Expert:innen in eigener Sache** mit ein und arbeiten mit **Inklusionsbeiräten** und anderen **Selbstvertretungen** eng zusammen. Wir bieten fachliche Beratung mit dem **Inklusionscheck für unsere Kommunen** in Oberfranken und **Beratung bei der Etablierung von Inklusionsbeiräten in den Kommunen**.

Info: „Sind wir inklusiv?“ Das ist die zentrale Frage, um die es beim **Inklusionscheck** geht. Ob beim Thema Bauen, bei Veranstaltungen oder bei solch einfachen Dingen wie einem Spielplatz: Mit dem Inklusionscheck wird sichergestellt, dass alle zukünftigen Beschlüsse im Bezirkstag förderlich für Inklusion sind. Mit dem Inklusionscheck sensibilisieren wir, erkennen im Vorfeld Barrieren und können Inklusion aktiv vorantreiben. So wird der Bezirk Oberfranken zum Vorreiter beim Thema Inklusion und Vorbild für die zahlreichen oberfränkischen Kommunen.

Unser Ziel ist flächendeckende **Barrierefreiheit in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit**. Wir stellen die finanziellen Mittel zur Verfügung und machen Barrierefreiheit zum Standard. Denn Sport- und Freizeitangebote bieten auf besondere Weise Gelegenheit, aktiv zu sein, sich auszuprobieren, gemeinsam Spaß zu haben, Gemeinschaft und Zusammenhalt zu erleben. Wir fördern außerdem Firmen, die mit innovativen Ideen barrierefreie Angebote und Hilfsmittel entwickeln. Wir wollen, dass **mehr Menschen mit Behinderungen in unseren Räten** mitentscheiden. Je vielfältiger unsere kommunalen Parlamente aufgestellt werden, desto mehr werden die Entscheidungen, die dort getroffen werden, allen gerecht. Dafür sensibilisieren wir gezielt und bieten Schulungen an, ebenso zur **inklusiven Gestaltung kommunaler Spielplätze**.

Beispiel: Der **inklusive Spielplatz in Hirschaid** wurde 2021 eröffnet. Charakteristisch für den Spielplatz ist, dass alle Kinder dort spielen können, egal ob mit oder ohne Behinderung. So lernen Kinder (und deren Eltern, ...) ganz selbstverständlich miteinander umzugehen und Barrieren im Kopf über das gemeinsame Spielen abzubauen. Der Spielplatz in Hirschaid bietet neben vier großen inklusiven Spielgeräten auch eine Ballsportfläche für inklusive Sportangebote. Alle Spielgeräte sind mit verschiedenen taktilen und sensorischen Elementen ausgestattet und bieten unterschiedliche spielerische Zugänge. So können Kinder mit den unterschiedlichsten Einschränkungen die Spielgeräte für sich nutzen und auf Abenteuerjagd gehen. Highlight ist auf jeden Fall das Karussell, das mit einem Rollstuhl befahrbar ist und für jede Menge Spaß sorgt. Egal ob Rolli oder ein unsicherer Gang – der Fallschutz-Boden, auf dem alle Geräte gebaut sind, mindert die Verletzungsgefahr und schafft zusätzlich Barrierefreiheit. Ein Spielplatz wird so zum Begegnungsort und einem Ort gelebter Inklusion.

Maßnahme:

Der Bezirkstag Oberfranken übernimmt die **Mehrkosten für inklusive Spielgeräte**, um die Kommunen zu entlasten und Inklusion zu ermöglichen.

Fit für die Zukunft – Lebenslanges Lernen und Jugendhilfe

Gute Bildung ist lebenslanges Lernen. Von der Frühförderung über Kindertagesstätten, Schule, Studium und Ausbildung bis hin zu Bildung in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung muss die Teilhabe aller Menschen in Oberfranken gewährleistet sein.

Gemeinschaftliches, inklusives Lernen ist für uns GRÜNE ein Grundrecht und der Schlüssel zur gesellschaftlichen Inklusion. Vielfalt trägt zur Qualität einer guten Bildung für alle bei. Individuelle Unterstützung wird flexibel und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt. Die flächendeckende Versorgung mit Frühförderung in allen Regionen sowie den strukturellen und personellen Ausbau von Inklusionsplätzen in wohnortnahen Kitas ist Voraussetzung für gelingende Inklusion. Damit ein selbstverständliches, gleichberechtigtes Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft von klein auf gelernt werden kann.

Maßnahmen:

In inklusiven Kinderkrippen mit Kindern zwischen ein und drei Jahren rücken nonverbale Kommunikationsformen wie die vereinfachte **Gebärdensprache** ins Zentrum der Interaktion, um die Kommunikation zu unterstützen.

In allen Kitas wird der **Anti-Bias-Ansatz** umgesetzt, um Kinder von Beginn an für das Thema Diskriminierung zu sensibilisieren.

Info: Der **Anti-Bias-Ansatz** geht davon aus, dass alle Menschen Vorurteile haben und sogar haben müssen. Bei den Trainings geht es also eher darum, eine vorurteilsbewusste Haltung zu entwickeln, als Vorurteile auszutreiben. Dieser Anti-Diskriminierungsansatz hilft Inklusion voranzutreiben, Rassismus zu bekämpfen und überholte Rollen-Zuschreibungen zu überwinden. Die Fortbildung richtet sich an Personal in Bildungseinrichtungen.

Wir fördern die Kooperation inklusiver Bildungsprogramme der Offenen Behindertenarbeit (OBA) mit öffentlichen Bildungsangeboten wie z. B. den Volkshochschulen. Außerdem stärken wir den Bezirksjugendring als wichtigen Multiplikator für Vielfalt und Teilhabe in der Jugend-Bildungsarbeit. Im Hinblick auf die anstehende Entwicklung und Umsetzung des neuen Kinder- und Jugend-Stärkungsgesetzes sehen wir eine aktive Rolle der Bezirke beim Übergabeprozess an die zuständigen Jugendämter und tragen Sorge für eine lückenlose Weiterführung der Hilfen.

Maßnahme:

Ergänzend zu den **Inklusionsbeauftragten** werden wir **Integrationsbeauftragte** benennen, die die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in besonderer Weise ansprechen und Brückenbauer zwischen Verwaltung und den verschiedenen Interessenvertretungen und Einzelpersonen sein sollen. Projekte wie die Ausbildung von

Kulturdolmetscher:innen begrüßen wir und laden die jeweiligen lokalen Inklusions- wie auch Integrations-Migrationsbeiräte zur Mitwirkung bei unseren Veranstaltungen ein.

Krisen gehören zum Leben – Seelische Gesundheit stärken

Unser Oberfranken ist Genussregion für die Seele!

Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen

Auch hier gilt für uns „ambulant vor stationär“. Im Rahmen der Psychiatrie-Enquete von 1975 wurden deutliche Defizite im Bereich der psychiatrischen Versorgung aufgezeigt. Der Bericht einer Expertenkommission 1988 stellte daraus abgeleitet u. a. wesentliche Empfehlungen auf, die wir konsequent weiter umsetzen werden. Dazu bauen wir eine gemeindenaher, ambulante psychiatrische Versorgung in **gemeindepsychiatrischen Verbänden auf und fördern verstärkt dezentrale Angebote in verschiedenen Wohnformen.**

Info: Die wichtigste Aufgabe des **Gemeindepsychiatrischen Verbunds (GPV)** ist die Vernetzung und Kooperation aller Einrichtungen, die Leistungen und Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörigen anbieten. Ziel ist die reibungslose Zusammenarbeit in Beratung, Behandlung und Unterstützung für die Betroffenen. Der GPV stellt anhand der Nachfrage des bestehenden Angebots sowie unversorgter Einzelfälle den aktuellen Bedarf in der psychiatrischen Versorgung fest und leitet Erkenntnisse aus diesen Fallbesprechungen an die Regionale Steuerungsgruppe weiter. Darüber hinaus befasst sich der GPV mit psychiatrierelevanten gesellschaftlichen Entwicklungen und psychiatriepolitischen Fragestellungen. Er untersucht vor diesem Hintergrund die Situation vor Ort und regt eine Anpassung des psychiatrischen Angebots an die veränderten Verhältnisse an. Er ist Ansprechpartner in allen Fragen der Versorgungsstruktur sowohl für Menschen mit psychischen Erkrankungen, deren Angehörige, aber auch für die professionellen Helfer:innen in und außerhalb der beteiligten Einrichtungen.

Wir akzeptieren die Individualität im Umgang mit psychischen Erkrankungen und gestalten bedarfsorientierte Hilfen: Hierzu etablieren wir das **Angebot der Soteria** als alternatives Konzept.

Info: Das Konzept der **Soteria** richtet sich an Menschen mit Psychosen und bietet diese fachliche Begleitung unter minimalem Medikamenteneinsatz. In der Soteria wird mit reizarmem Milieu, kontinuierlicher mitmenschlicher Begleitung und Weiterführung der Behandlung durch integrierte Versorgung gearbeitet. Weitere Schwerpunkte sind Rückfallprophylaxe und Bewältigungsmöglichkeiten. Dabei ist der Recovery-Ansatz mit seiner Orientierung an individuellen und sozialräumlichen Ressourcen bei der Genesungsbegleitung fester Bestandteil.

Wir etablieren Stationen mit **Frauenschutzkonzept** und fördern diese in den Wohnformen der Leistungserbringer unter unserer Trägerschaft. So schaffen wir Entlastung für Frauen, die sexualisierte Gewalterfahrungen und Traumata erlitten haben.

Wir bauen die Antistigma-Arbeit aus und unterstützen Peer-basierte Projekte wie „Verrückt na und!? Basta!“ oder auch „Mindzone“. Wir **stärken Selbsthilfe, etablieren Peer-Arbeit** in den eigenen Einrichtungen und den Angeboten unserer Leistungserbringer, **stärken Angehörigenarbeit** organisatorisch und unterstützen mit Finanzmitteln, aber auch durch Vernetzung. **Stationäre und ambulante Behandlung** seelisch erkrankter Menschen jeden Alters gelingt nur mit ausreichend gut qualifiziertem **Personal und der Beschäftigung von Expert:innen aus Erfahrung** in allen Bereichen der sozialpsychiatrischen Versorgung.

1. **Die Krisendienste** in den Bezirken sind mittlerweile gut aufgestellt – rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Nun müssen wir Kindern und Jugendlichen und ihren Angehörigen dieses Angebot ebenfalls öffnen – denn sie brauchen eine andere Ansprache und andere Hilfen. Wir etablieren einen **Kinder-Jugend-Krisendienst** und sorgen dafür, dass die Sachkosten der Krisendienste auskömmlich finanziert werden.
2. Die Aufgaben der **Psychiatriekoordination** sind vielfältig, wir passen den Stellenanteil an auf 1,5 VZÄ mit weiteren 6 Wochenstunden Peerberatung (analog zum Bezirk Oberpfalz).
3. Wir ermöglichen **Hilfen für Alle – wir nutzen die Sprachkenntnisse und das kulturelle Verständnis** unserer Mitarbeitenden für lebensnahe diskriminierungskritische psychosoziale Hilfen und ziehen bei Bedarf zertifizierte Dolmetscherservices hinzu.
4. Wir fördern die **Etablierung von Experienced Involvement Genesungsbegleitung**, indem wir das Kursangebot nach Oberfranken holen, die Kosten für die Ausbildung fördern und die Etablierung in den sozialpsychiatrischen Einrichtungen unter unserer Kostenträgerschaft ermutigen und beim Abschluss neuer Leistungs- oder Folgevereinbarungen berücksichtigen.
5. Wir bauen **wohnortnahe Angebote in der sozialpsychiatrischen Versorgung und auch in der Versorgung von Menschen mit Suchterkrankungen und in Substitution** aus und wirken der eklatanten Ungleichheit in der Versorgung zwischen Stadt und Land entgegen.
6. Wir **stärken Zuverdienst-Möglichkeiten**.

Mit *modernen Ansätzen* und entsprechenden Angeboten zur Weiterbildung sorgen wir für motiviertes und zufriedenes Personal, das gern bei uns in der sozialen Versorgungslandschaft Oberfrankens arbeitet. Dazu gehören **gute Arbeitsbedingungen** (Vereinbarkeit Familie und Beruf, z. B. mit 24/7-Betriebs-Kitas, Wunsch-Dienstplänen und Springer-Bereitschaftsdiensten, Supervisionsangeboten, Unterstützung bei der Wohnraumsuche, Betriebswohnungen, Betriebsbus zu Schichtwechseln für die Kliniken, ...).

Die **Finanzierung** der psychiatrischen Kliniken werden wir gemeinsam mit Bund und Land verbessern. Psychiatrische Versorgung darf nicht weniger wichtig sein als die Versorgung körperlicher Erkrankungen.

Eine ausreichende Anzahl von gut qualifizierten Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiater:innen ist ebenso wichtig wie die psychosomatische Grundversorgung und ein flächendeckendes psychotherapeutisches Netz. Hier besteht insbesondere im ländlichen Raum enormer Nachholbedarf, Stellen sind teils nicht besetzt: Gemeinsam mit Bund und

Land werden wir an der Verbesserung der Situation arbeiten und die fachliche Ausbildung anpassen.

Wir wollen spezielle Fortbildungen anbieten zum Thema psychiatrische Erkrankungen für Haus- und Kinderärzt:innen sowie anderer Fachgebiete, die regelmäßig in die Versorgung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien einbezogen sind.

Prävention im Sozialraum und in der Arbeitswelt stellt für uns einen wichtigen Faktor für die seelische Gesundheit der Bürger:innen jeden Alters dar. Dafür werden wir Arbeitgeber:innen besser informieren, betriebliche Gesundheitsangebote ausbauen, Entlastungsangebote für Arbeitnehmer:innen in Belastungs- und Krisensituationen schaffen und an den Schulen spezielle Sensibilisierungsangebote für Lehrkräfte ebenso wie für die Schüler:innen anbieten.

Geld richtig steuern – Sicherheit für unser Gesundheitssystem

Das derzeitige System der Finanzierung der stationären Behandlung PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) hat viele Nachteile. Wir setzen uns weiter auf allen Ebenen für eine bessere Finanzierung ein.

Während die psychosomatischen Einrichtungen wachsen, sind die psychiatrischen Kliniken flächendeckend überlastet und unterfinanziert. Dort werden vor allem akut kranke Menschen, Menschen in Krisen, hochkomplexe psychiatrische Krankheitsbilder und Menschen mit langwierigen Verläufen behandelt. Wir GRÜNE werden für eine bedarfsgerechte Finanzierung und Ausstattung der stationären Einrichtungen sorgen.

Unsere Ziele sind: Kliniken bekommen stärkere Steuerungs- und Vernetzungsmöglichkeiten in den Versorgungssettings. Die Trennlinien zwischen stationär und ambulant werden flexibilisiert. Psychiatrische Institutsambulanzen werden ausgebaut und dezentrale Standorte aufgebaut. Dabei wird auf kurze Wege und eine gute ÖPNV-Anbindung geachtet.

Für **suchtkranke Menschen** wollen wir das Beratungsnetz deutlich ausbauen. Die Grundsätze dabei sollen und müssen Freiwilligkeit, Respekt, Anonymität und der einfache und niederschwellige Zugang sein.

Gute Pflege in den Bezirken

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern steigt und steigt; die Demenzerkrankungen nehmen immer weiter zu. Pflege muss demenzsensibel agieren können und kann nicht allein auf körperliche Fürsorge reduziert werden.

In der Pflege gibt es sowohl immer mehr Mitarbeitende, als auch Gepflegte aus unterschiedlichen Kulturkreisen – wir nutzen die Potentiale für einen kultursensiblen Umgang.

Wir setzen uns auf allen Ebenen für bessere Arbeitsbedingungen derjenigen ein, die unmittelbar in der Pflege tätig sind, d. h. für die Erweiterung der Kompetenzen, bessere Bezahlung, feste Dienstpläne und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu gehört auch eine Kinderbetreuung, die Schichtarbeit ermöglicht.

Um pflegende Angehörige zu entlasten, werden mehr Kurzzeitpflegeplätze sowie Tages- und Nachtpflegeplätze errichtet. Wir fordern alternative Wohnformen, bei denen sich alle Generationen durch ein gegenseitiges Miteinander im täglichen Leben begleiten und unterstützen können.

Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten, gern auch in gebietsübergreifender Zusammenarbeit von Landkreisen und kreisfreien Städten. Auch aufsuchende Angebote sind umzusetzen. Wir unterstützen demenzsensible Kommunen mit Öffentlichkeitsarbeit und Schulungsangeboten und sorgen für die Sensibilisierung auf Bezirksebene.

Die Gesundheit von Familien und Senior:innen stärken wir durch gemeindenahere Gesundheitsversorgung wie **Community Health Nursing und Community Health Care**.

Maßnahme:

Wir schaffen Modellregionen, in denen wissenschaftlich begleitet **Community Health Nursing und Community Health Care** angewendet werden. Dabei legen wir den Fokus auf den ländlichen Raum.

Info: Bei **Community Health Nursing** handelt es sich um ein neues Berufsbild nach internationalem Vorbild, bei dem das Pflegefachpersonal auf akademischem Niveau ausgebildet wird. Z. B. in Kanada, Finnland oder Slowenien sind Community Health Nurses in kommunalen Gesundheitszentren angesiedelt. Die Bürger:innen finden so vor Ort in der Kommune Ansprechpartner:innen für alle gesundheitlichen Fragen. Das Besondere ist: Ein multiprofessionelles Team bietet aufeinander abgestimmte Angebote an. Vor allem auf dem Land können die Hausärzte dadurch bei Routineaufgaben entlastet werden.



[Fachstelle für Demenz
und Pflege Oberfranken](#)



[Demenzsensible Kommune
Alzheimergesellschaft Bayern e. V.](#)

Bildung & Kultur

Kultur gehört für uns Grüne zur **Daseinsvorsorge** und ist ein **Standortfaktor**: Kultur ist kein „nice to have“ und trägt dazu bei, sich bei uns in Oberfranken daheim zu fühlen. Neben der Verfügbarkeit von Wohnraum, Verkehrsanbindung oder dem Arbeitsmarkt bedeutet das kulturelle Angebot **Lebensqualität**. Dabei gilt es, die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu berücksichtigen, auch in Bezug auf die kulturelle Infrastruktur vor Ort.

Für uns Grüne ist dabei ein inklusiver und offener Kulturbegriff ganz zentral, gerade für die Arbeit in Oberfranken, wo Kulturpolitik oft nur unter den Überschriften „Heimatspflege“ und „Brauchtum“ gesehen wird. Dementsprechend werden wir das Thema **Diversität** – nicht nur bezogen auf die Herkunft – in der Kunst- und Kulturförderung weiter anschieben. Oberfranken ist längst Heimat für viele Menschen, die aus anderen Ländern und aus anderen Kulturkreisen zu uns gekommen sind und unser Leben in Oberfranken bereichern *und ohne die es nicht ginge*: **Wir fördern das Miteinander und das Brauchtum aller Menschen, die hier leben**. Wir stellen uns entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus und setzen auf Information und Begegnung.

In den vergangenen Jahren ist die Kulturförderung auch dank unseres Einsatzes bunter und diverser geworden. So gibt es inzwischen in allen sieben Bezirken Bayerns hauptamtliche Beauftragte für Popkultur oder Populärmusik.

Wir Grüne werden die Förderung für **zeitgenössische und interkulturelle Angebote** in den kommenden Jahren nicht nur im Haus Marteau weiter ausbauen. „Innovative“ Kulturformen, etwa im digitalen Bereich, beziehen wir hier mehr mit ein. Kultur in Oberfranken kann nicht nur Volksmusik sein, sondern auch Punkrock, nicht nur eine Buchveröffentlichung, sondern auch Gaming und E-Sports.

Wir Grüne werden in Oberfranken besonders Nachhaltigkeit in der Kulturförderung zum Schwerpunkt machen. Zusätzliche Förderprogramme sollen ökologische und ressourcenschonende Ansätze in Kunst und Kultur fördern, ohne dadurch bisherige Fördertöpfe zu schmälern. Soziale Nachhaltigkeit sollte gerade für die Bezirke als soziale Ebene in Bayern einen noch größeren Stellenwert einnehmen. Dazu gehören **faire Gagen für Künstler:innen** ebenso wie Inklusivität als Konzept zur Schaffung einer inklusiven Gesellschaft. Dabei bezieht sich Inklusivität auf den Prozess, Vielfalt zu erkennen, zu schätzen und zu fördern, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder Mensch das Gefühl hat, dass er oder sie willkommen und akzeptiert ist. Es geht darum, Vorurteile und Diskriminierung zu bekämpfen und eine Kultur des Respekts und der Toleranz zu fördern.

Besonderen Wert legen wir Grüne auf **paritätisch besetzte Bühnen** im musikalischen und kulturellen Bereich, um Frauen bei gleicher Eignung in der männerdominierten Kunst- und Kulturwelt zu fördern.

Maßnahme:

Wir fordern die **paritätische Besetzung** von Meisterkursen und Professor:innenstellen an Akademien, die vom Bezirk gefördert werden. Frauen sollen bei gleicher Eignung den Vorzug erhalten. Damit möchten wir den aktuell niedrigen Frauenanteil bei den staatlich geförderten Musikakademien Oberfrankens erhöhen.

Damit Kinder aus allen Schichten Zugang zu Musikkursen und -instrumenten erhalten, setzen wir Grüne auf gezielte **Musikförderung** im Kindergarten- und Grundschulalter.

Maßnahme:

Der Bezirk Oberfranken beteiligt sich an der **Finanzierung des Projekts „JeKI – Jedem Kind sein Instrument“** an Grundschulen. Hierbei werden in Zusammenarbeit mit Musikschulen den Kindern unterschiedliche Instrumente nähergebracht und im weiteren Schulverlauf Instrumentalunterricht auf Leihinstrumenten ermöglicht. Als Beispiel dient die erfolgreiche Etablierung des Projekts in Forchheim.ⁱⁱ

Bei der Kulturförderung wollen wir hin zur **Verstetigung mit dauerhafter Förderung** von Kulturinstitutionen. Dazu sollen auch die Kulturförderinstrumente des Bezirks mit denen des Freistaats (beispielsweise dem Kulturfonds) besser verzahnt werden. In der eigenen Zuständigkeit des Bezirks wollen wir die Fördermöglichkeiten bewerben und Entscheidungsprozesse transparent gestalten.

Maßnahme:

Wir gestalten die Aufbringung von Eigenmittelanteilen für die Förderung durch die Bezirke flexibler und erleichtern so auch der **freien Szene** Zugriff auf unsere Unterstützung.

Für uns Grüne ist die **Kulturförderung eine kommunale Pflichtaufgabe**. Dafür machen wir uns auf Bundes- und Landesebene stark, damit Kultur nicht der erste Bereich ist, an dem bei klammen Kassen gekürzt wird. Hier muss der Freistaat seinen Teil zur Finanzierung der kulturellen Aufgaben des Bezirks beitragen, um sie auf sichere Beine zu stellen.

Die **Freiland- und Freilichtmuseen** im Bezirk vermitteln die Prägung unserer Kultur. Wir Grüne unterstützen auch hier in der Museumsarbeit **innovative Formate**, um breitere Zielgruppen anzusprechen.

Denkmalpflege

Der Erhalt und Schutz von Denkmälern ist eine zentrale Aufgabe der Bezirke. Wir fördern dabei bevorzugt solche Projekte, die ein **Denkmal mit gesellschaftlichem Mehrwert** erhalten oder Instand setzen, um es später als Dorfzentrum, Wirtshaus, Jugendtreff oder Tante-Emma-Laden zu nutzen. Das berücksichtigen wir bei der Vergabe von Mitteln und der Denkmalpreise des Bezirks besonders.

Erinnerungskultur

Als Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalten tragen die psychiatrischen Kliniken und damit die Bezirke eine besondere Verantwortung, um der Erinnerung an die NS-Verbrechen und besonders der „Euthanasie“ gerecht zu werden. Die Zeitzeug:innen werden immer weniger. Daher ist es notwendig, dass wir die **Erinnerungsarbeit institutionalisieren und die Forschung intensivieren**. Sowohl den noch lebenden Angehörigen und deren Nachkommen, als auch den Forschenden ist der Zugang zu Informationsquellen zu erleichtern, z. B. durch die Digitalisierung der Zugangsbücher zu den Pflege- und Heilanstalten und der psychiatrischen Patientenakten. Weiterhin ist es notwendig, **Forschungslücken insbesondere bei der dezentralen „Euthanasie“ zu schließen** und die weitere Aufarbeitung der NS-Verbrechen in den psychiatrischen Einrichtungen voranzutreiben. Wir unterstützen und fördern regionale Projekte, die vor Ort nach Opfern recherchieren und die Rolle lokaler Kliniken und Mitverantwortlichen untersuchen und stärken **dezentrale Gedenkort**e. Ähnliches gilt für die Erinnerung an die Opfer von Kolonialismus/Rassismus und des Kalten Krieges in Oberfranken. Mit den ehemaligen Außenlagern der großen Konzentrationslager (KZ) Flossenbürg und Buchenwald in Oberfranken und den Todesmärschen tragen wir die Verantwortung dafür, in angemessener Weise an die Opfer zu erinnern. Gleiches gilt für die Verfolgung der Sinti und Roma z. B. durch die Festsetzung in und spätere Deportation aus Münchberg.

Kulturelle Bildung

Eine mündige, freie und demokratische Gesellschaft braucht Orte der Begegnung und des Diskurses: **Demokratiebildung und lebenslanges Lernen** sind zwei unserer Förderschwerpunkte. Wir ergänzen die schulischen Bildungsangebote und sorgen für Zugänglichkeit, Barrierefreiheit und dafür, dass **Orte der Begegnung partizipativ und inklusiv** gestaltet und genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle frühzeitig unsere vielfältigen und reichen oberfränkischen Kunst- und Kulturorte kennenlernen können.

Jugendarbeit und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche müssen auf allen politischen Ebenen verstärkt in Entscheidungsprozesse einbezogen werden im Sinne echter Beteiligung – denn es geht um ihre Zukunft. Jugendarbeit ist keine freiwillige Leistung und kein „Goodwill“. Der Bezirk Oberfranken ist dazu verpflichtet, in seinem Zuständigkeitsbereich die Jugendarbeit angemessen auszustatten. Die **Jugendringe sind die demokratisch organisierte Eigenvertretung** der Kinder und Jugendlichen und als deren Sprachrohr und Vertretung anzuerkennen und wertzuschätzen.

Wir leben in einer Zeit vielfältiger und zumeist noch ungelöster Probleme, die vor allem die heute jungen Menschen herausfordern werden oder schon jetzt herausfordern. Zugleich sehen sich Kinder und Jugendliche einer Vielfalt von möglichen Lebensentwürfen gegenübergestellt, für die sie Orientierung brauchen. Die Jugendarbeit bietet einen geschützten Raum, wo **Kinder und Jugendliche selbstorganisiert, selbstbestimmt und selbstwirksam** Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse einüben können. Dies ist der beste

Ort, um Leben in all seinen Dimensionen zu lernen und die eigene Resilienz – verstanden als Fähigkeit, auch in Krisen handlungsfähig zu bleiben – zu stärken. Dabei darf die Jugendarbeit aber nicht verzweckt werden, um gesellschaftliche Probleme zu reparieren. Sie muss als eigenständiger Teil von Bildung wahrgenommen und gefördert werden – dazu muss die Jugendarbeit auskömmlich ausgestattet sein.

Für uns hat – ganz im Sinne des 16. Kinder- und Jugendberichtes – eine verlässliche Grundförderung Vorrang vor Projektförderungen. Die Bezirksjugendringe müssen in der Lage sein, ihrem Auftrag als Fachberatung, der Vernetzung und der Schulung von Multiplikator:innen gerecht zu werden. Dies bedeutet auch, **Medienkompetenz und digitale Sozialräume im Blick** zu haben. Das beim Bezirksjugendring angesiedelte Projekt **Digital Streetwork** ist toll. Wir erweitern es auf 2,5 Stellen und sorgen mit Verstetigung dafür, dass gewachsenes Vertrauen bleibt und effektive Netzwerkarbeit möglich ist.

Info: Digital Streetwork ist eine neue Form der Jugend-Sozialarbeit und bietet Jugendlichen einen **Safe-Space im Netz**. Dort finden sie ein offenes Ohr für alle Themen, Sorgen und Fragen – **kostenlos und anonym und unter Schweigepflicht**. Zu finden sind diese Digital Streetworker da, wo Jugendliche unterwegs sind: online auf Social Media, im Chat oder beim Zocken. Sie stehen aber auch für Telefonate oder persönliche Gespräche zur Verfügung.

Der Bezirk Oberfranken arbeitet **gemeinsam mit den Bezirksjugendringen** und deren Gliederungen und Einrichtungen an einer **guten Umsetzung der Reform des SGB VIII**. Sie sind als legitime Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen intensiv einzubinden und hierfür mit ausreichenden Mitteln auszustatten.

Info: Mit der **Novelle des SGB VIII** und dem **Kinder-Jugend-Stärkungsgesetz** ändert sich einiges in den Zuständigkeiten von Bezirk und Landkreisen. Darüber hinaus wird das **Mitspracherecht** der Jugendlichen und deren Familien, aber auch die **Prävention** gestärkt, **Verfahrenslots:innen** und auch **Ombudsstellen** eingerichtet. Der Übergang geschieht stufenweise, beginnend 2024. Und damit dies gelingt, bedarf es der engen Abstimmung.

Ökologie und Nachhaltigkeit

Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement

Nach Art. 3 des bayerischen Klimaschutzgesetzes kommt dem Staat und den kommunalen Gebietskörperschaften die **Vorbildfunktion zu, bis 2030 eine klimaneutrale Verwaltung** der Behörden und Einrichtungen zu erreichen. Der Bezirk Oberfranken muss sich als letzter der Bezirke Bayerns dieser Aufgabe nun mit Hochdruck stellen und konkrete Maßnahmen ergreifen. Um diese zu koordinieren, richten wir ein **Umwelt- und Klimaschutz- sowie Klimaanpassungsmanagement** ein und etablieren jährliche Fortschrittsberichte im Gesamtgremium. Biodiversität ist bei allen Maßnahmen mitzudenken – auch diese Aufgabe wird dort verankert. Wir führen das **Amt des Umweltbeauftragten** ein. Die:der Umweltbeauftragte begleitet und unterstützt die Weiterentwicklung von Umweltthemen in den Einrichtungen und Beteiligungen des Bezirks Oberfranken. Um einen kontinuierlichen

Verbesserungsprozess (KVP) im Zuständigkeitsbereich der Bezirke zu etablieren, sollten **Managementsysteme** zum Einsatz kommen. Gerade der Umweltbereich muss zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eine wichtige Rolle spielen. Hier bieten sich Umweltmanagementsysteme an, die entweder nach EMAS (Europäisches Umweltmanagementsystem) oder nach DIN-Normen aufgebaut sein können.

Exkurs: Managementsystem für Bayerische Bezirke

Alle Systeme haben den gleichen Aufbau: Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die zu Beginn ein politisches Leitbild erarbeitet, das die Verantwortung und Vorbildfunktion des Bezirks widerspiegelt. Ausgehend vom IST-Zustand zu Energieverbrauch, Umweltauswirkungen und Naturschutzgesichtspunkten, wird der SOLL-Zustand definiert. Um diesen zu erreichen, werden quantifizierbare Ziele erarbeitet und mit entsprechenden Maßnahmen unterfüttert. Letztere sollen in Kategorien kurz-, mittel- und langfristig nach ihrer Umsetzbarkeit (zeitlich, technisch, monetär) eingeteilt und umgesetzt werden. Ihre Kennzahlen ergeben den prozentualen Umsetzungsstand der gesetzten Ziele. Regelmäßige Erfolgskontrolle und gegebenenfalls die Anpassung von Maßnahmen begleiten den fortlaufenden Prozess.

Maßnahmen:

Wir unterstützen die **oberfränkischen Umweltstationen** mit einem jährlichen Zuschuss von 5.000 Euro.

Alle zwei Jahre **Vergabe eines Umweltpreises**, um Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu honorieren.

Kliniken

Besonderes Augenmerk legen wir auf die **Energiebilanz der Gesundheitseinrichtungen** des Bezirks Oberfranken (GEBO). Wir etablieren **Klimaschutzmanagement und -anpassung in diesen Einrichtungen**. Das Klimaschutzkonzept der Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (MedBo) kann hierfür als Maßstab dienen. Um die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise abzumildern, setzen wir auf Hitzeaktionspläne, die auch in den Kliniken zum Einsatz kommen. Mit der Weiterentwicklung der **Green-Hospital-Initiative** zum **Förderprogramm „Green Hospital Bayern“** ermöglichen wir **echte Nachhaltigkeit**.

Info: Wir Grüne verlangen die Weiterentwicklung der bestehenden „Green Hospital Plus“-Initiative zum **„Förderprogramm Green Hospital Bayern“**. Hier wird eine umwelt- und ressourcenschonende Optimierung bspw. im Umgang mit Bauwerk und Gebäudestruktur, Energieversorgung oder umweltgerechter Ausstattung in Bayerns Krankenhäusern unterstützt. Damit soll u. a. die Senkung innerbetrieblicher Energiekosten in Bayerns Krankenhäusern erreicht werden, aber auch der Ausstoß der CO₂-Emissionen. Begründung: Die Green Hospital^{PLUS}-Initiative der Bayerischen Staatsregierung wurde ursprünglich als Nachhaltigkeitsinstrument für bayerische Krankenhäuser ins Leben gerufen, ist jedoch nicht mit ausreichend finanzieller Förderung verbunden.

Liegenschaften und Gebäude

Die Aufgaben des Bezirks Oberfranken werden in einer Vielzahl von eigenen Liegenschaften und Gebäuden ausgeführt. Um allen Aspekten des **Umweltschutzes und Klimaschutzes** gerecht zu werden, optimieren wir sowohl unsere **Bestandsgebäude als auch Neubauten** und die betrieblichen Abläufe hinsichtlich eines schonenden Einsatzes der Ressourcen. Bei der Planung eigener Gebäude berücksichtigen wir eine **Lebenszyklusbetrachtung mit Ökobilanzierung** genauso, wie eine **Recyclingfähigkeit der Baumaterialien** und den Einsatz von **schadstofffreien Baustoffen**. Für den Betrieb setzen wir den KfW-Standard 40 an. Mit dem Slogan „**Sanierung und Umbau vor Neubau**“ fällt den öffentlichen Gebäuden des Bezirks eine wesentliche Vorbildfunktion zu.

Die Zusammenarbeit zwischen der Naturschutzbehörde der Regierung von Oberfranken und dem Bezirk Oberfranken wird intensiviert und so Potentiale für Natur- und Klimaschutz (Streubstwiesen mit alten Obstsorten und Wiedervernässung von Mooren) umgesetzt.

Erneuerbare Energien

Sowohl aus Gründen des Klimaschutzes als auch zur Minimierung der geopolitischen Abhängigkeiten bringen wir bei Renovierungen und bei Neuanlagen zur Energiebereitstellung **nur noch erneuerbare Energieträger** zum Einsatz. Bestandsanlagen, die noch mit fossilen Energien betrieben werden, tauschen wir mittel- bis langfristig gegen regenerative Anlagen gemäß den Anforderungen des bundesweit geltenden Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) aus.

Stromerzeugung

Auf Grundlage der Novellierung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ist es künftig den Bezirken möglich, **über den eigenen Bedarf hinaus Anlagen zur Stromerzeugung** zu betreiben. Sowohl als Beitrag zur Klimaneutralität als auch zur Vermeidung einer Energiekrise erschließen wir **sämtliche geeigneten Flächen** (Dächer, Parkplätze, vertikale Gebäudestrukturen und Freiflächen mit geringer Bodengüte) für die Nutzung zur Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen. An passenden Standorten auf unseren Liegenschaften errichten wir **Windkraftanlagen** in Partnerschaft mit den Kommunen.

Förderung von Einrichtungen

Ein erheblicher Anteil der Aufgaben des Bezirks wird von zahlreichen Einrichtungsträgern erbracht. Damit auch die Einrichtungen ökologische Standards verwirklichen und Klimaneutralität erreichen können, **fördern wir den Klimaschutz und die -anpassung in Einrichtungen** nach rechtlichen Möglichkeiten und Neubauten nur unter entsprechender Berücksichtigung desselben.

Mobilität

Um den Ressourcenverbrauch auch bei betrieblichen Fahrten zu minimieren, bauen wir die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs aus. Der Bezirk Oberfranken schafft **Anreize, ein Deutschlandticket** für den öffentlichen Nahverkehr zu erwerben und **fördert Radmobilität**. Für den PKW-Fuhrpark werden ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge angeschafft.

Maßnahmen:

Die Mitarbeitenden des Bezirks Oberfranken profitieren von einem

Dienstradleasingprogramm wie JobRadⁱⁱⁱ. Dieses lässt sich sowohl auf der Basis des „Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern im kommunalen öffentlichen Dienst“ (TV-Fahrradleasing) für die Mitarbeitenden nach TVöD nutzen, als auch für die verbeamteten Angestellten beim Bezirk Oberfranken.

Der Bezirk Oberfranken ermittelt mit professioneller Hilfe eine CO₂-Bilanz all seiner Prozesse und deckt dadurch **Einsparpotenziale** auf. Außerdem werden hochwertige **Klimaschutzzertifikate** beispielsweise zu Aufforstung, nachhaltiger Energiegewinnung oder Bereitstellung von Trinkwasser erworben. So leistet der Bezirk Oberfranken einen wertvollen und nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz.

Ökologische Landbewirtschaftung und landwirtschaftliche Bildung

Das Wesensmerkmal der **ökologischen Landbewirtschaftung** ist die ressourcen-nachhaltige Bewirtschaftung der Flächen. Auf den bezirkseigenen landwirtschaftlichen Flächen des Bezirks ist der Schutz der natürlichen Ressourcen – gesunde Böden und Wasser – durch den **Verzicht auf chemisch-synthetische Mineraldünger und Pestizide** umzusetzen: Wir verwirklichen den dringend notwendigen Schutz der Biodiversität durch biologischen und vorbeugenden Pflanzenschutz. Die zu begrüßende Ansiedlung des Lehrfachs Bio-**Imkerei** erweitern wir um die Nutzung von Belegstellen, die für eine korrekte Zuchtarbeit unerlässlich sind.

Bei den landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen der Bezirke liegt die Verantwortung darin, in der Aus- und Weiterbildung eine gesunde und nachhaltige Bodenbewirtschaftung in den Vordergrund zu stellen und die Vorteile der ökologischen Landwirtschaft (Biodiversität, CO₂-Senke, ...) auf unseren oberfränkischen Flächen aufzuzeigen und über **Umweltfolgekosten** zu informieren: So könnten durch die konsequente Anwendung ökologischer Prinzipien im Landbau die Umweltkosten gemäß Studienlage für Stickstoff- und Treibhausgasemissionen um 750 bis 800 Euro pro Hektar eingespart werden.

Info: Mit Hilfe von **Umweltfolgekosten** werden versteckte Folgekosten sichtbar gemacht, die durch die Vermeidung, Beseitigung, Verwertung und Überwachung von Umweltbelastungen (Umweltschutzkosten) und der Beanspruchung der Umwelt (Umweltnutzungskosten) verursacht werden.^{iv}

Maßnahmen:

Wir bauen die **Zusammenarbeit mit Initiativen** wie dem Ernährungsrat Oberfranken oder Slow Food Deutschland^v aus, um eine ökologische Bewirtschaftung in der Region

Oberfranken zu unterstützen und Richtungsänderungen im Ernährungssystem weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Als Netzwerkpartnerin vom Biodiversitätsprojekt „Arche des Geschmacks“^{vi} von Slow Food Deutschland setzen wir uns dafür ein, dass alte Sorten erhalten bleiben und fördern den Aufbau einer **regionalen Saatgutbank**. Von rund 80 deutschen sogenannten Archepassagieren (vom Aussterben bedrohte Nutztierassen und Nutzpflanzenarten) stammen mehr als 20 aus (Ober-)Franken.

Bei den Aus- und Weiterbildungsbetrieben des Bezirks wird auf die Anwendung von Pestiziden und Insektiziden verzichtet und **ökologisch verträgliche Düngemittel** eingesetzt.

Fischerei und Fischwirtschaft

Die Fischereifachberatung des Bezirks Oberfranken leistet bei Fischzucht und Gewässerschutz eine wertvolle Arbeit. Die **Klimaanpassungsstrategien sind als herausragende Aufgabe weiterzuentwickeln**.

Die Erweiterung von Artenschutz und Artenvielfalt ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir fordern zum einen ökologische Fischzucht in Lehre und Praxis, zum anderen die **zügige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie** entsprechend der EU-Vorgabe bis 2027. So halten wir Wasser in der Fläche und sind gegen Austrocknung sowie die Folgen von Starkregenereignissen gewappnet.

Fachberatungen sollen bei Fragen des Gewässerschutzes nicht nur als „Träger öffentlicher Belange“, sondern auch als Sachverständige auftreten können.

Maßnahme:

Wir stärken Bürgerbeteiligung in **Citizen-Science-Projekten**, wie z. B. in Kooperation mit dem Robert-Koch-Institut „EuBatVir“ Bundesprojekt zur virologischen Untersuchung von Fledermausspeichel für das Monitoring von Klimaveränderungen auf Fledermauspopulationen.

Europa und Internationales

Partnerschaften – das Salz in der Suppe

Der lebendige Austausch mit unseren europäischen Nachbarn, die Pflege von Freundschaften über Landes- und Kontinentalgrenzen hinaus, bereichert unser Leben, sichert den Wissensaustausch, den interkulturellen Diskurs und damit das Verständnis füreinander.

Daher fordern wir für den Bezirk Oberfranken den **Auf- und Ausbau europäischer und internationaler Partnerschaften und Patenschaften** unter der Koordination unseres Zusammenschlusses – dem Bayerischen Bezirketag.

Wir möchten mit dem Ausbau und der Intensivierung von Partner- und Patenschaften insbesondere Jugendbegegnung, gemeinsame inklusive Sport- und Kulturveranstaltungen

sowie den Austausch im ökologischen und sozialen Bereich mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und den daraus sich ableitenden Verpflichtungen neuen Schwung geben.

Überall dort, wo der Dialog über kulturelle Grenzen hinweg gepflegt, Diskussions- und Begegnungsräume geschaffen werden, schaffen wir ein Bollwerk gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Dies unterstützt zudem die **Arbeitsmigration** im Rahmen der Freizügigkeit und dient damit als eine **Maßnahme gegen die demographischen Herausforderungen**.

Maßnahme:

Der Bezirk Oberfranken unterstützt und fördert eine **Partnerschaft** des Bayerischen Bezirktags mit dem **Europäischen Solidaritätskorps (ESK)**.

Die **Einbindung der Verwaltungen bei Aktivitäten des Austauschs ist dabei zu stärken** – alle Bereiche sollten vertreten sein.

Info: Das **Europäische Solidaritätskorps (ESK)** ist ein Programm der Europäischen Union. Mittels Freiwilligendienste junger Menschen fördert es grenzüberschreitende sowie lokale Aktivitäten, die der Gemeinschaft zugutekommen. Beim Programm beteiligen sich junge Menschen an solidarischen Tätigkeiten, auch im Bereich der humanitären Hilfe. Damit wird die Solidarität als einer der Grundwerte der EU gefördert. Indem auf soziale und humanitäre Herausforderungen reagiert wird, soll der soziale Zusammenhalt, Solidarität, Demokratie, europäische Identität und aktive Bürgerschaft in Europa und darüber hinaus gestärkt werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Förderung nachhaltiger Entwicklung, sozialer Inklusion und gleichberechtigter Teilhabe.

Finanzen und Strukturen

Ohne Moos nix los - 10 Prozent der FAG-Mittel (Finanzausgleich) für die Bezirke

Die Bayerischen Bezirke brauchen dringend eine Finanzreform, um ihre Aufgaben vor allem im sozialen und kulturellen Bereich angemessen erfüllen zu können. Tatsächlich sind **alle Sozialhaushalte seit Jahrzehnten unterfinanziert**; die Schere zwischen den FAG-Mitteln und den tatsächlichen Sozialausgaben klafft inzwischen erschreckend weit auseinander.

In Oberfranken sind im Haushalt für 2023 Ausgaben von 475 Millionen eingeplant. Davon werden rund 94 Prozent für Soziales eingesetzt. Vorgesehen sind hier im Rahmen des FAG von Bayern etwa 90 Millionen für den Bezirk Oberfranken – der Rest kommt zum einen von den Kommunen über die Bezirksumlage in Höhe von rund 270 Millionen Euro. Gerade bei uns in Oberfranken ist dies bei klammen Kassen eine Herausforderung für einige Kommunen – und zum anderen wird dies durch Eigenanteile der Betroffenen in Höhe von 110 Millionen finanziert (s. Infokasten).

Wir fordern eine **grundlegende Aufstockung der FAG-Mittel** und eine lineare jährliche Anhebung, die sich an den Steigerungen der Sozialausgaben orientiert, da wir Soziale- und

Pflegeberufe attraktiver gestalten müssen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken: Entsprechend sind auch Arbeitszeiten und Gehälter anzupassen.

Info: Da die Bezirke keine eigenen Einnahmequellen besitzen, basiert die Finanzierung ihrer Aufgaben im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Bezirksumlage, die alle Landkreise und kreisfreien Städte entsprechend dem Finanzbedarf der Bezirke und der Umlagekraft im jeweiligen Regierungsbezirk leisten müssen und der Zuweisung sogenannter **FAG-15-Mittel (FinanzAusGleich)** des Freistaates Bayern. Die FAG-15-Mittel sollten eigentlich die Ausgaben im Sozialbereich vollständig decken, da es sich größtenteils um gesetzliche Ansprüche handelt, deren Leistungen den Betroffenen zustehen und finanziert werden müssen.

Strukturreform

Wir Grüne unterstützen eine **grundlegende Strukturreform** der Bezirke. Als 3. Kommunale Ebene gehören die Bezirke zur sogenannten „Kommunalen Familie“.

Wir Grüne fordern eine Gleichbehandlung aller kommunalen Ebenen und die Aufnahme der Bezirke in den quotalen Steuerverbund.

Digitalisierung

Wir Grüne unterstützen eine Weiterführung der Bestrebungen zur **Digitalisierung in den Sozialverwaltungen der Bezirke**. Eine gut umgesetzte Digitalisierungsstrategie schließt niemanden aus, sondern kann umgekehrt dafür sorgen, dass der Kontakt zum Bezirk oder eine Antragstellung für viele Menschen einfacher möglich ist. Dass digitale Verwaltungsdienstleistungen nicht für alle Menschen gleich gut funktionieren, muss dabei mitgedacht werden und die Antragstellungsprozesse müssen dementsprechend organisiert werden.

In der Digitalisierung der verwaltungsinternen Prozesse sehen wir eine große Chance, das Prinzip der **Fallbearbeitung aus einer Hand durchzusetzen** und häufige *Wechsel in der Sachbearbeitung* zu vermeiden. Denn durch ein digitales Handling der Zuständigkeiten ist es auch einfacher, einzelne Datensätze einer Sachbearbeitung zuzuteilen. Dabei wollen wir konstruktiv auch die **Bedürfnisse der Sozialverwaltungen bei der Entwicklung** und Weiterentwicklung der Fachanwendungen (Online-Verfahren) der bayerischen Bezirke mit einbeziehen. Eine gemeinsame Entwicklung der Fachanwendungen ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll, sondern gewährleistet auch bei einem Umzug eine unkomplizierte Weitergabe der Datensätze.

In der digitalen wie analogen Kommunikation der Bezirke muss das Thema „Einfache Sprache“ und „Leichte Sprache“ im Sinne einer **barrierefreien Verwaltung** noch deutlich ausgebaut werden. Vielen Menschen, die zur Zielgruppe der Zuständigkeit der Bezirke gehören, kommt eine Aufbereitung von Informationen in **Leichter Sprache** zugute. Dies ist anzuwenden für den **Internetauftritt, Informationen und auch die Antragsstellung** der eigenen Einrichtungen und **als Empfehlung für die Dienste und Leistungserbringer** unter Leistungsträgerschaft des Bezirks.

Nicht zuletzt bringt die Digitalisierung auch für die Gremienarbeit der Bezirke potenziell einige Möglichkeiten mit sich. Durch eine **hybride Sitzungsteilnahme** könnten Bezirksrät:innen, die wegen Krankheit, Betreuungsverpflichtungen oder ihrer eigenen Behinderung nicht oder nur unter erheblichem Aufwand an einer bestimmten Sitzung teilnehmen können, eine Teilnahme einfacher ermöglicht werden. So machen wir das **Ehrenamt in den Bezirken** auch für viele Menschen attraktiver, die bisher strukturell davon ausgeschlossen wurden.

Transparenz

Die Bezirke und ihre Arbeit stehen meist nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Wenn doch, dann meist nur im Zusammenhang mit größeren Skandalen. Das liegt nicht nur daran, dass Themen wie Behinderung, psychische Erkrankung oder Alter von vielen Menschen gerne ausgeblendet werden, sondern auch daran, dass die Arbeitsweise und die Arbeit des Bezirks an vielen Stellen noch deutlich **transparenter werden** sollten. Wir sorgen dafür, dass nicht nur die Sitzungstermine des Bezirks Oberfranken bekannt sind, sondern dass auch die Tagesordnungen und öffentlichen Sitzungsvorlagen für die Öffentlichkeit zugänglich oder auffindbar sind.

Projekt: Bürgerinfo-Portal mit Veröffentlichung der Tagesordnungen und der Unterlagen für öffentliche Teile, **hybride Teilnahme für Bürger:innen** ermöglichen. Wir Grüne setzen uns für **mehr Transparenz** in der Arbeit des Bezirks Oberfranken ein, denn ihre Aufgaben sind wichtig genug. **Video- oder Audiolivestreams** oder auch Mitschnitte können der interessierten Öffentlichkeit zeigen, welche wichtigen Themen behandelt werden und auch Barrieren für interessierte Menschen abbauen, denen eine Teilnahme in Präsenz nicht oder nur unter erheblichem Aufwand möglich ist. Schutz vor missbräuchlicher Verwendung ist mit dem Login klar zu formulieren.

Dafür bitten wir um Ihre Stimmen!

Wer Soziales will – wählt GRÜN

Wer Klima- und Umweltschutz will – wählt GRÜN

Wer Grün will – WÄHLT GRÜN!

Unsere Kandidierenden



Dagmar Keis-Lechner

Integrationscoach,
Bezirkstagsvizepräsidentin

Stimmkreis 408 Wunsiedel, Kulmbach



Sarah Eisenberger

Heil- und Inklusionspädagogin,
Marktgemeinderätin

Stimmkreis 401 Bamberg-Land



Susanne Bauer

M. A. Soziale Arbeit –
Gemeindepsychiatrie, Kreis- und
Stadträtin

Stimmkreis 403 Bayreuth



Claudia Schmidt

Ergo- und Autismustherapeutin

Stimmkreis 406 Hof



Inge Pütz-Nobis

Krankenschwester

Stimmkreis 405 Forchheim



Wolfgang Grader

Schulleiter, Stadtrat

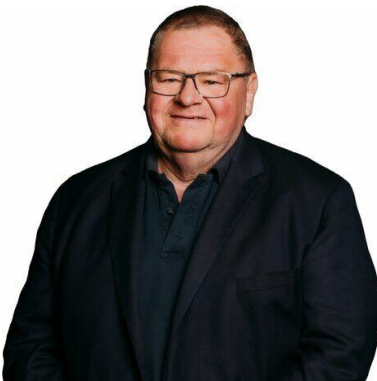
Stimmkreis 402 Bamberg-Stadt



Kevin Klüglein

Fachinformatiker – Öffentlicher Dienst,
Stadtrat

Stimmkreis 404 Coburg



Mathias Söllner

Bäckermeister, Bezirksrat

Stimmkreis 407 Kronach, Lichtenfels

Elena Pietrafesa

Schülerin, Kreisrätin
Kreisverband Kronach

Michaela Reimann

Personalleiterin
Kreisverband Bamberg-Stadt

Wilfried Kukla

Bundesbahnbeamter a. D.
Kreisverband Wunsiedel

Matthias Förster

IT-Berater
Kreisverband Hof

Karin Ritz

Pharmazeutisch-technische Assistentin,
Kreisrätin
Kreisverband Coburg-Land

Thomas Ochs

Gitarrenbaumeister, Kreisrat
Kreisverband Bamberg-Land

Johannes Mohr

Biologe, Stadtrat
Kreisverband Forchheim

Andreas von Heßberg

Diplom-Geoökologe
Kreisverband Bayreuth-Land

ⁱ https://www.kita-fachtexte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/KiTaFT_wolf_2015.pdf



ⁱⁱ <https://www.hoehenkirchen-siegertsbrunn.de/Gemeindeleben/Kinder-Jugend-Familie/Musikfoerderung>

ⁱⁱⁱ <https://www.jobrad.org/>

^{iv} Hülsbergen, Kurt-Jürgen et. al. 2023: Umwelt- und Klimawirkungen des ökologischen Landbaus. In: Weihenstephaner Schriften Ökologischer Landbau und Pflanzenbausysteme, Band 16, S. 6

^v <https://www.slowfood.de/>

^{vi} https://www.slowfood.de/was-wir-tun/projekte-aktionen-und-kampagnen/arche-des-geschmacks/die_arche_passagiere